



SRG SSR Wahlbarometer

Kurzbericht – Oktober 2018

SRG SSR

sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen:

Michael Hermann
David Krähenbühl
Gordon Bühler
Eveline Würigler
Andreas Ladner, IDHEAP

Zürich, Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|----------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 | Aktuelle Wahlabsicht | 3 |
| 1.1 | Es gewinnen: Grüne, FDP (und GLP) | 3 |
| 1.2 | Es verlieren: SVP, CVP (und BDP) | 4 |
| 2 | Faktoren für den Wahlergebnis | 5 |
| 2.1 | Bedeutung der politischen Ausrichtung | 5 |
| 2.2 | Unzufriedenheit mit der Ausrichtung des Nationalrats | 7 |
| 3 | Wichtigste politische Herausforderungen | 8 |
| 3.1 | Sozialversicherungen im Brennpunkt | 8 |
| 3.2 | Herausforderungen nach Parteiorientierung | 10 |
| 4 | Datenerhebung und Methode | 12 |

1 Aktuelle Wahlabsicht

1.1 Es gewinnen: Grüne, FDP (und GLP)

Während das letztjährige SRG SSR Wahlbarometer durch eine bemerkenswerte Stabilität der Wähleranteile gekennzeichnet war, zeigt die aktuelle Ausgabe, rund ein Jahr vor den Wahlen, mehr Bewegung zwischen den Parteien – zumindest für Schweizer Verhältnisse.

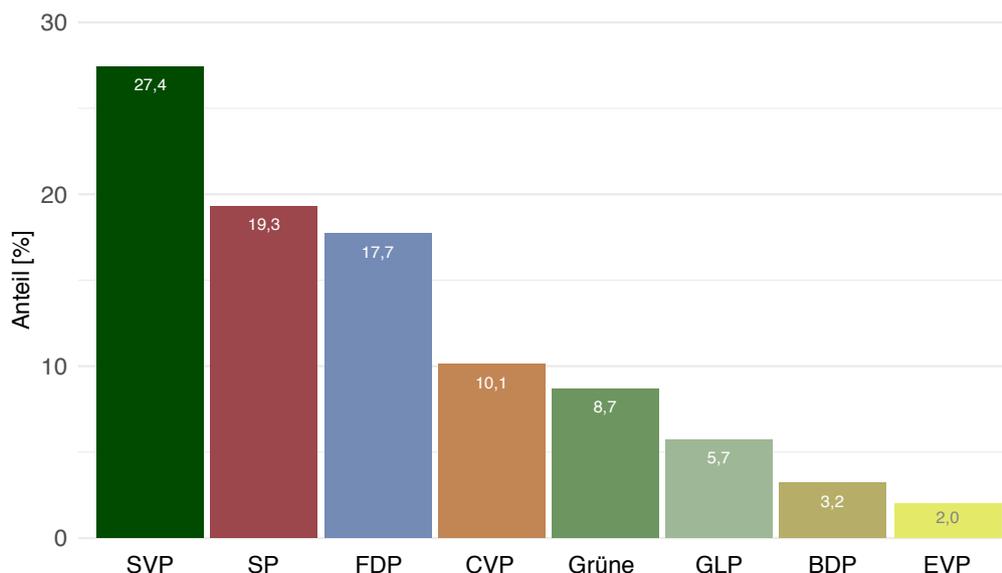


Abbildung 1: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht

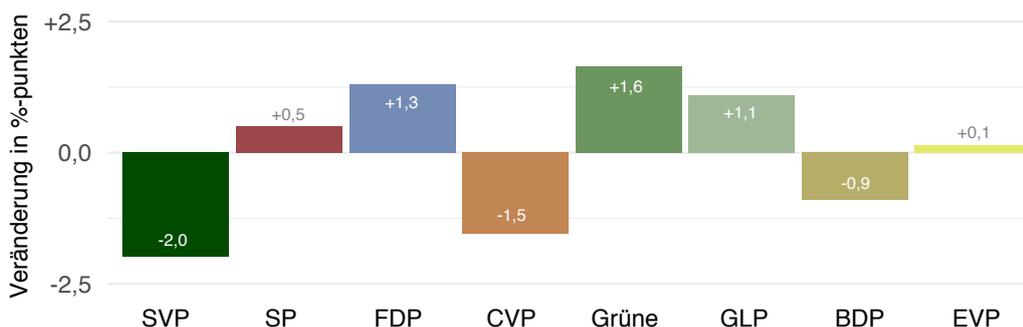


Abbildung 2: Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

Mit einem Plus von 1,6 Prozentpunkten legen die Grünen gemäss aktueller Wahlabsicht am meisten zu. Laut Umfrage könnten sie ihren Wähleranteil auf 8,7 Prozent steigern. Sie liegen damit aktuell wieder nahe an ihrem Stand von 2011. Zweite Gewinnerin des aktuellen Wahlbarometers ist die FDP. Die Freisinnigen gewinnen aktuell 1,3 Prozentpunkte und steigern sich auf einen Wähleranteil von

17,7 Prozent. Mit diesem Anteil könnte die Partei zwar nicht an ihre goldenen Zeiten anknüpfen, sie wäre aber immerhin wieder auf dem Niveau von 2007 (inkl. Liberale). Dem Wahlziel, die Sozialdemokraten zu überholen, kommt die FDP damit jedoch kaum näher.

Die SP steigert ihren Wähleranteil nämlich ebenfalls leicht um einen halben Punkt auf 19,3 Prozent. Ebenfalls im Aufwind befinden sich zurzeit die Grünliberalen mit einem Plus von 1,1 Prozentpunkten. Mit diesem Zuwachs käme die Partei auf 5,7 Prozent. Sie würde damit ihr bisher bestes Ergebnis von 2011 übertreffen.

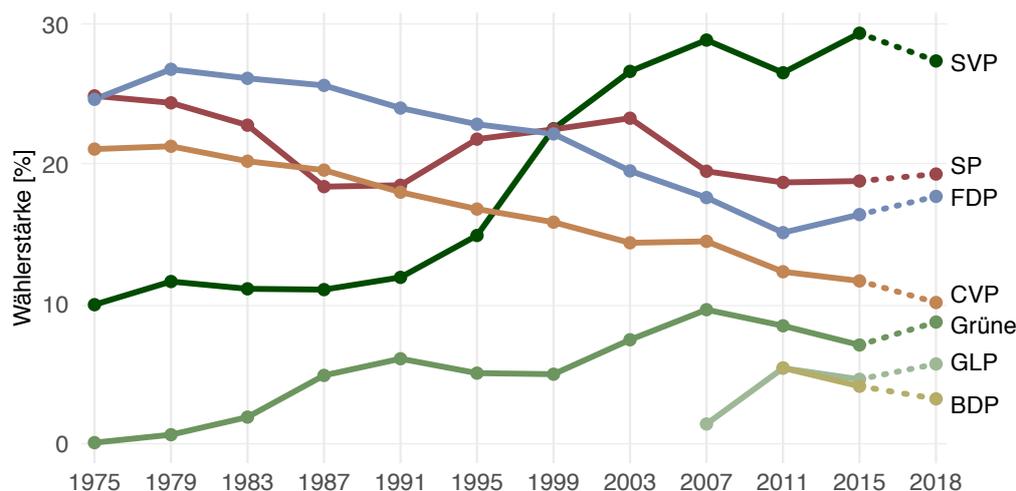


Abbildung 3: Entwicklung der nationalen Wähleranteile seit 1975

1.2 Es verlieren: SVP, CVP (und BDP)

Auf der Verliererseite fallen zunächst zwei Parteien ins Auge. Zum einen ist dies die SVP, die aktuell 2 Prozentpunkte einbüsst und nun bei einem Wähleranteil von 27,4 Prozent liegt. Damit käme sie allerdings immer noch auf das drittbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Bei der CVP fällt der Rückgang mit -1,5 Prozentpunkten etwas geringer aus. Gemessen an der Grösse der Partei ist der Verlust jedoch gravierender. Mit einem Wähleranteil von 10,1 Prozent würde die Traditionspartei heute nur noch knapp im zweistelligen Bereich liegen. Seit ihrem letzten Wahlsieg 2007 hätte die CVP damit fast ein Drittel ihres Elektorats eingebüsst.

Ebenfalls eher schlecht sind die Aussichten für die BDP. Der Partei droht ein Rückgang von 0,9 Punkten. Als neue Partei gewann die BDP bei den Wahlen 2011 aus dem Stand einen Wähleranteil von 5,4 Prozent. Bereits bei den Wahlen 2015 verlor sie einen Teil ihrer Basis, und liegt aktuell nur noch bei 3,2 Prozent. Bei der CVP wäre ein weiterer Verlust an Wähleranteilen die Fortsetzung eines seit 40 Jahren anhaltenden Niedergangs (sieht man vom Zwischenhoch bei den Wahlen 2007 ab). Im Unterschied zur SVP bedeutet der aktuelle Rückgang des

Wähleranteils bei den beiden Parteien der bürgerlichen Mitte (CVP, BDP) die Fortsetzung eines Trends. Dies deutet auf ein strukturelles Problem bei diesen Parteien hin. Stabil in ihrer Nische scheint dagegen die EVP positioniert zu sein. Sie liegt aktuell mit einem minimalen Plus bei einem Wähleranteil von 2,0 Prozent.

Alle diese Verschiebungen bewegen sich im für Schweizer Parlamentswahlen typisch engen Bandbereich. Durch die politische Gewichtung der Daten wurde jedoch der statistische Unsicherheitsbereich eingegrenzt. Die Schätzgenauigkeit ist vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

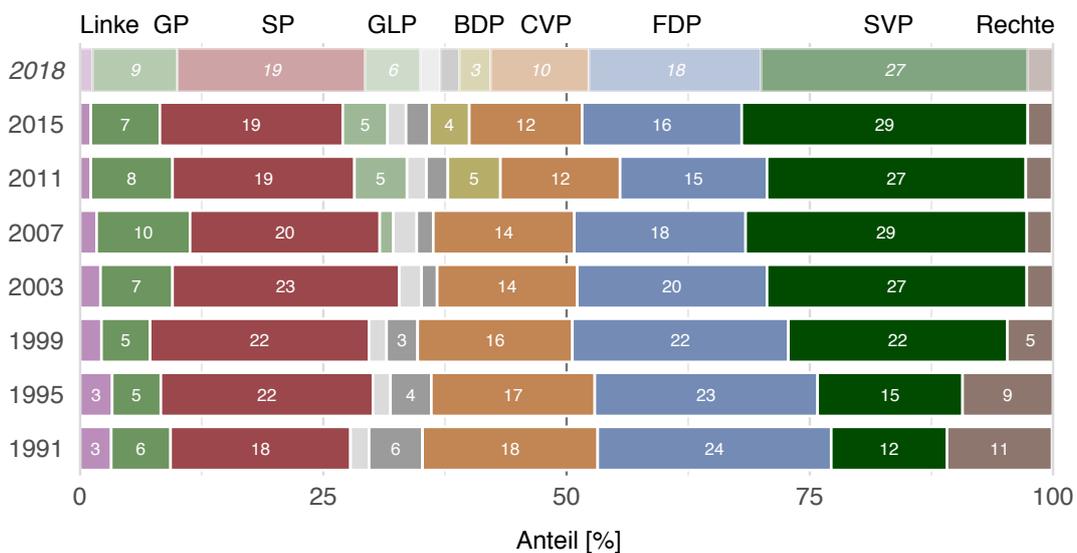


Abbildung 4: Entwicklung der Wähleranteile im Links-rechts-Spektrum

2 Faktoren für den Wahlentscheid

2.1 Bedeutung der politischen Ausrichtung

Was sind die wichtigsten Gründe bei der Entscheidung für eine Partei? Abbildung 5 zeigt, dass für eine Mehrheit der Wählenden (58 %) die politische Ausrichtung an erster Stelle steht. An zweiter Stelle folgt die Lösungskompetenz (23 %). Für 13 Prozent steht die Art des Politisierens im Vordergrund. Nur 6 Prozent setzen in erster Linie aufgrund von Persönlichkeiten auf eine Partei.

Die politische Ausrichtung spielt bei den Polparteien (SVP, GP, SP) die dominanteste Rolle. Am wenigsten wichtig ist diese für die Wählenden von CVP und BDP. Die relativ geringe Bedeutung der politischen Ausrichtung dürfte eine Erklärung für die strukturellen Probleme der bürgerlichen Mitte sein. Insgesamt spielt die politische Ausrichtung nämlich durchaus eine wichtige Rolle für den

Wahlentscheid der Stimmenden, bei CVP und BDP scheint diese jedoch am wenigsten einfach fassbar zu sein.

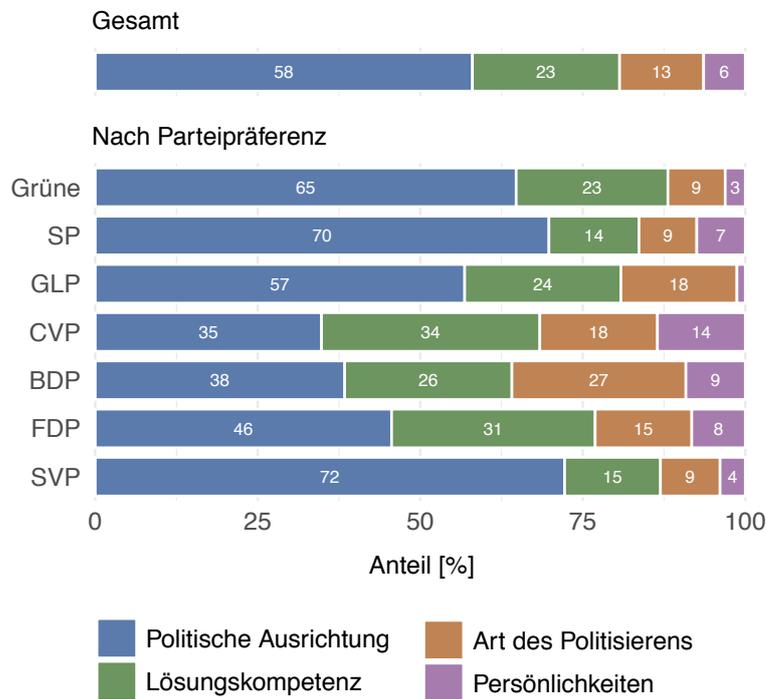


Abbildung 5: Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Wie charakterisieren die Wählenden ihren Wahlentscheid? Auch in dieser Frage zeigt sich ein Gegensatz zwischen den Polen und der Mitte. 56 Prozent der Wählenden der Grünen und 51 Prozent der Wählenden der SVP geben an, dass sie ihren aktuellen Wahlentscheid «aus voller Überzeugung» getroffen haben. Am wenigsten «Überzeugte» finden sich mit je 30 Prozent bei GLP und BDP, die besonders häufig aus Mangel an Alternativen gewählt werden. Die beiden Parteien mit der kürzesten Geschichte konnten sich offenbar bisher noch keine starke «Fan-Basis» aufbauen. Auffällig ist, dass 21 Prozent der Wählenden der GLP ihren Wahlentscheid mit dem «Bedürfnis nach etwas Neuem» begründen. Das Gegenstück dazu bildet die CVP, die mit 28 Prozent einen besonders hohen Anteil von Wählenden hat, die ihren Entscheid mit der «langjährigen Bindung» an die Partei begründen. Es erstaunt nicht, dass die CVP, mit der Erosion ihrer traditionellen Milieus, zu den bedrängten Parteien gehört.

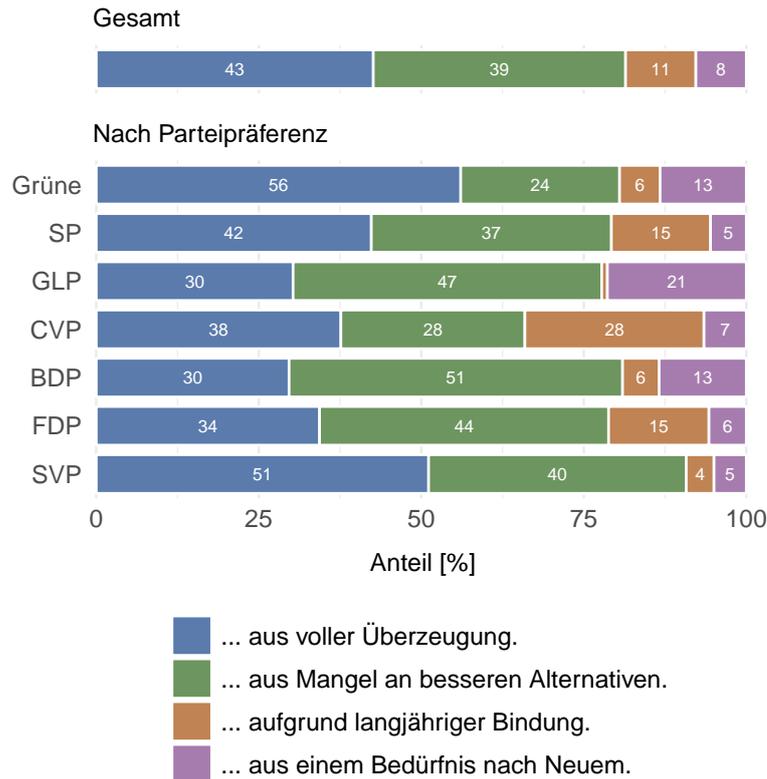


Abbildung 6: Art des aktuellen Wahleentscheids

2.2 Unzufriedenheit mit der Ausrichtung des Nationalrats

Die politische Ausrichtung der Parteien ist für eine Mehrheit der Stimmenden der wichtigste Faktor für ihren Wahleentscheid. Offensichtlich wollen die Wählenden mit ihrem Entscheid für eine Partei auch Einfluss auf die politische Ausrichtung von Parlament und Regierung nehmen. Doch wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung des Nationalrats zu beurteilen: Ist dieser eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?

Für fast die Hälfte der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. Ein Drittel ist der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade 20 Prozent sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist. Die Asymmetrie zwischen links und rechts zeigt, dass aus Sicht der Wählenden eher eine Kurskorrektur des Parlaments nach links als nach rechts gewünscht wird. Entsprechend ist aus heutiger Perspektive ein politischer Linksrutsch grundsätzlich deutlich wahrscheinlicher als ein weiterer Rechtsrutsch.

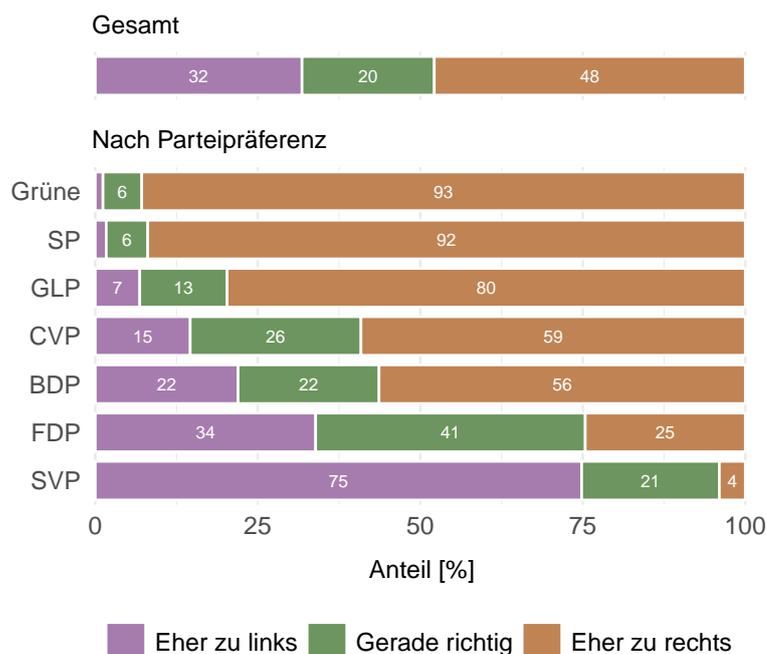


Abbildung 7: Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats; nach Parteien

Besonders interessant sind die Einschätzungen der Ausrichtung des Nationalrats durch die Parteianhängerschaften der erweiterten Mitte. Die Wählenden von GLP, CVP und BDP erachten den Nationalrat mehrheitlich als zu rechts ausgerichtet. Am zufriedensten mit der aktuellen Ausrichtung der grossen Parlamentskammer ist die Basis der FDP. Dies passt zur Tatsache, dass die FDP in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Mehrheitsmacherin im Nationalrat ist, während diese Rolle zuvor die etwas links von ihr positionierte CVP einnahm.

3 Wichtigste politische Herausforderungen

3.1 Sozialversicherungen im Brennpunkt

Im Vorfeld der Wahlen 2015 prägte die Migrationsthematik die politische Debatte. Anhaltend hohe Zuwanderungsraten aus dem EU-Raum sowie die ungelöste Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative prägten die Stimmung in der Schweiz. Es war der Sommer der Flüchtlingskrise, die zwar insbesondere Deutschland betraf, jedoch auch hierzulande die Schlagzeilen prägte. Dabei drehte sich die anfänglich positive Grundstimmung immer mehr ins Negative. Die Südeuropa- und Euro-Krise sowie das anstehende Brexit-Referendum sorgten für eine skeptische Wahrnehmung der EU. Viele dieser Themen haben seither an Brisanz verloren. Dies schlägt sich in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung nieder. Heute sind es zwei hausgemachte Herausforderungen, die statt Zuwanderung und Flüchtlingen als drängendste Probleme wahrgenommen werden.

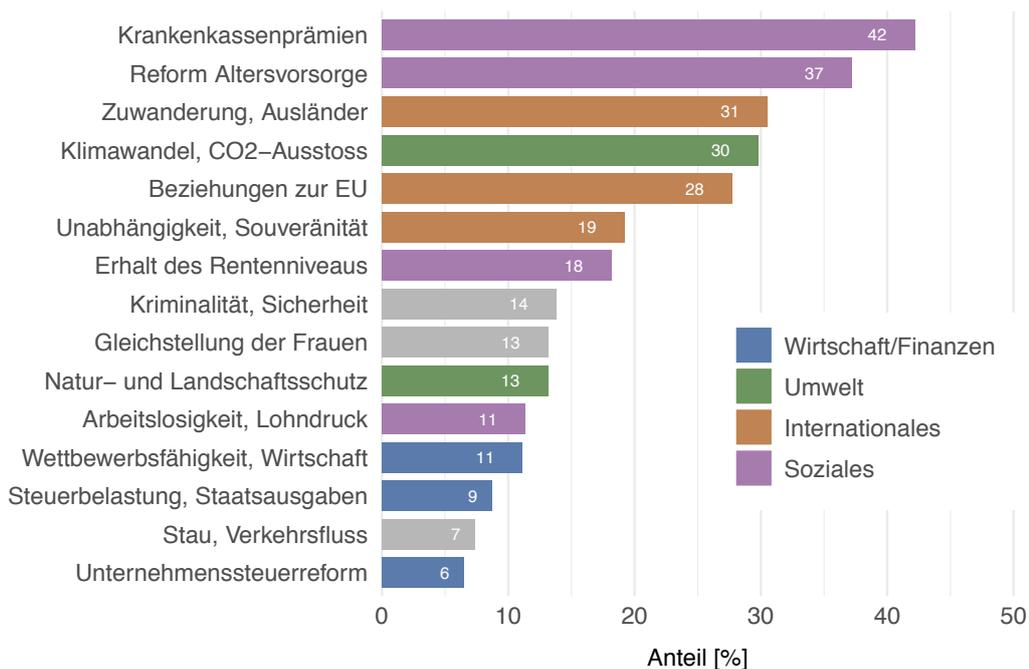


Abbildung 8: Wichtigste Herausforderungen der Wählenden

Es sind zwei Sozialversicherungen, die heute im Brennpunkt stehen. Von 15 möglichen Herausforderungen konnten die Befragungsteilnehmenden die aus ihrer Sicht wichtigsten angeben und dabei maximal drei auswählen. Am meisten genannt wurden die Krankenkassenprämien. Für 42 Prozent gehören die Krankenkassenprämien zu den Top-3-Herausforderungen der Schweiz. Für 37 Prozent zählt die Reform der Altersvorsorge dazu. Die beiden Sozialversicherungen haben sich in den vergangenen drei Jahren ins Bewusstsein der Schweizer Stimmberechtigten gespielt und dabei der Migrationsthematik den Rang abgelaufen.

Nachdem die Umweltthematik jahrelang in der Wahrnehmung der Bevölkerung keine zentrale Rolle spielte, hat der heisse, trockene Sommer 2018 das Thema «Klimawandel, CO₂-Ausstoss» wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für 30 Prozent gehört dieses Thema heute zu den wichtigsten Herausforderungen. Damit ist dieses Thema zurzeit fast gleichbedeutend wie die Migrationsthematik (31 %).

Auffällig ist dagegen wie wenig zurzeit wirtschaftliche Herausforderungen im Fokus der Stimmbevölkerung stehen. Nur gerade 11 Prozent zählen «Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft» zu den wichtigsten Herausforderungen der Schweiz. Von allen 15 abgefragten Themen wurde die Unternehmenssteuerreform am wenigsten oft als wichtige politische Herausforderung für die Schweiz genannt (6 %). Dies ist bemerkenswert, schliesslich besitzt die Anpassung der Unternehmensbesteuerung aufgrund internationalen Drucks in der institutionellen Politik gegenwärtig höchste Priorität. Dieser eklatante Wahrnehmungsunterschied zeigt

die spezielle Herausforderung, die sich der politischen Führung bei der Vermittlung der Steuerreform stellt. Bemerkenswert ist dabei auch der Unterschied zur Reform der Altersvorsorge, die auch aus Sicht der Stimmenden zu den drängendsten Problemen gezählt wird.

3.2 Herausforderungen nach Parteiorientierung

Die wichtigsten politischen Herausforderungen aus Sicht der Wählenden der verschiedenen Parteien sind in Abbildung 9 dargestellt. Es fällt auf, dass nur die Anhängerschaften zweier Parteien eine deutlich von den anderen Parteien abweichende Problemwahrnehmung besitzen. Bei der SVP-Basis dominiert das Thema «Zuwanderung, Flüchtlinge». Zwei Drittel zählen dieses zu den wichtigsten Herausforderungen. Ebenfalls zentral ist aus Sicht der Wählenden der SVP das Thema «Unabhängigkeit, Souveränität». Es wird von 44 Prozent genannt.

Auch bei den Grünen unterscheidet sich die Problemwahrnehmung deutlich von den anderen Parteien. Für 74 Prozent von ihnen gehört das Thema «Klimawandel, CO₂-Ausstoss» zu den Top-Herausforderungen. Für 43 Prozent zählen auch «Natur- und Landschaftsschutz» zu den wichtigsten Themen. Vor dem Hintergrund dieser veränderten Themenkonjunktur erstaunt es nicht, dass im aktuellen Wahlbarometer die SVP zu den Verlierern und die Grünen zu den Gewinnern gehören.

Im Unterschied zu den Grünen und der SVP zeichnen sich die Wählenden der anderen Parteien nicht durch exklusive Themenschwerpunkte aus. So haben für die Basis der drei Parteien CVP, BDP und SP die Krankenkassenprämien die höchste Priorität. Besonders häufig werden die Prämien bei der CVP genannt (55 %). Doch obwohl sich die Christdemokraten früh und klar in dieser Thematik positioniert haben, gehören sie zu den Verlierern des aktuellen Wahlbarometers. Dies zeigt, dass sich nicht jedes Thema gleichermaßen zur inhaltlichen Profilierung eignet. Die Krankenkassenprämien liegen bei sämtlichen Parteien auf den ersten drei Plätzen. Das Thema betrifft zwar breite Teile der Bevölkerung, ist damit jedoch auch etwas konturlos. Ähnlich sieht es mit der Reform der Altersvorsorge aus, die bei der FDP- und GLP-Basis an erster Stelle steht, aber auch von der Basis der CVP, SP und BDP als dringlich angesehen wird.



Abbildung 9: Wichtigste Herausforderungen nach Parteiwählerschaften

4 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 13. und dem 18. September 2018 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Insgesamt wurden 14'985 Stimmberechtigte befragt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 12'179 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch Vergleichbar einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

